

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 27. Januar 2025

---

## Liberales Sofortprogramm Wirtschaftswende: Für Wohlstand und einen neuen Optimismus in unserem Land

Die Lage ist ernst. Führende Wirtschaftslenker warnen vor einem Niedergang der deutschen Wirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2023 und 2024 geschrumpft, ein drittes Jahr in Folge wäre ein Negativrekord in der Geschichte unseres Landes. In den letzten Jahren ist nicht die Industrie oder die Bruttowertschöpfung des privaten Sektors gewachsen, sondern vor allem eins: der Staat. Viele gut bezahlte Arbeitsplätze drohen zu verschwinden. Eine „Jobangst“ geht um.

Die gute Nachricht ist: Wir haben es selbst in der Hand, die Dinge zu ändern. Denn die wirtschaftlichen Probleme sind an vielen Stellen hausgemacht. Hohe Steuern, Energiepreise am Anschlag, wuchernde Bürokratie – von diesen Fesseln können wir uns befreien, indem wir uns wieder auf unsere Stärken konzentrieren: Innovationskraft und geistiges Eigentum, qualifizierte Beschäftigte, ein kapitalstarker Mittelstand und eine industrielle Basis, die ihre Anpassungsfähigkeit schon oft bewiesen hat.

Was es jetzt braucht, ist eine echte Wirtschaftswende für Wohlstand und einen neuen Optimismus in unserem Land. Dabei müssen wir uns auf das Erfolgsrezept konzentrieren, das Deutschland schon oft wieder auf Kurs gebracht hat: eine liberale Wirtschaftspolitik.

Als Freie Demokraten wollen wir folgende Maßnahmen so schnell wie möglich nach der Bundestagswahl angehen:

### **1. Wir müssen eine neue wirtschaftliche Dynamik entfesseln**

Unternehmen brauchen Raum für Innovation und Wertschöpfung. Was sie nicht brauchen, sind Papierkram und Zettelwirtschaft. Wir Freie Demokraten wollen die Betriebe von dieser Last befreien und dafür sorgen, dass sie sich wieder auf ihre Kernarbeit konzentrieren können. Konkret fordern wir:

- **Sofortiger und konsequenter Bürokratieabbau:** Wir brauchen ein sofortiges dreijähriges Bürokratie-Moratorium. In dieser Zeit dürfen per Saldo keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen. Wir wollen ein bürokratiefreies Jahr für Betriebe, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Mit einem jährlichen Bürokratieentlastungsgesetz schaffen wir zudem einen Abbaupfad für überflüssige Regelungen.

- **Abschaffung bürokratischer Dickschiffe:** Nachweis- und Berichtspflichten müssen auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Berichtspflichten aus dem „Green Deal“ der EU-Kommission von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) wollen wir im EU-Recht streichen. Wir fordern die Abschaffung von Bürokratiemonstern wie der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD). In jedem Fall muss die künftige Bundesregierung auf europäischer Ebene von Anfang an klarmachen, dass Deutschland auf eine drastische Reduktion der Bürokratie aus Brüssel dringt.
- **Wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern:** Die Steuerbelastung für Unternehmen ist in Deutschland dramatisch hoch. Sie liegt bei etwa 30 Prozent. Das ist der zweithöchste Unternehmenssteuersatz in der EU. Der neue US-Präsident Donald Trump hat jüngst angekündigt, die Unternehmenssteuern in den USA auf 15 Prozent senken zu wollen. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, wollen wir die Unternehmenssteuerlast in Deutschland auf unter 25 Prozent drücken. Dazu wollen wir die Körperschaftsteuer senken und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Weitere Steuern und Abgaben stellen wir auf den Prüfstand. So wollen wir dem deutschen Luftfahrtstandort endlich wieder Auftrieb geben, indem wir die Luftverkehrssteuer streichen und die Luftsicherungsausgaben absenken. Davon profitiert nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Urlauberinnen und Urlauber.

## 2. Wir müssen den Arbeitsmarkt mobilisieren

Viele Menschen in Deutschland arbeiten hart. Das verdient Respekt. Insgesamt nimmt das Arbeitsvolumen aber immer weiter ab. Das hohe Steuer- und Abgabenniveau raubt die Freude am Arbeiten und bestraft Leistung. Ein veraltetes Arbeitsrecht steht flexiblen Modellen im Weg. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Die Regelungen rund um den Arbeitsmarkt in Deutschland müssen Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung wieder ins Zentrum rücken. Wir fordern deshalb:

- **Arbeit statt Bürgergeld:** Solidarität ist keine Einbahnstraße. Die Bürgergeld-Regelsätze liegen aktuell über dem Bedarf. Das muss sich ändern. Deshalb fordern wir die Abschaffung der sogenannten Besitzstandsregelung. Das Zusammenspiel von Bürgergeld, Kosten der Unterkunft, Wohngeld und Kinderzuschlag führt bei vielen Haushaltskonstellationen dazu, dass sich die Aufnahme oder Ausweitung von Arbeit monetär nicht lohnt. Dieses System braucht einen grundsätzlichen Umbau. Hierzu wollen wir erwerbsfähige Arbeitslose zu einer aktiven Bringschuld und Eigeninitiative inklusive Beweislast verpflichten. Bei fehlender Initiative sollen die Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden. Dazu wollen wir die Sanktionen wirksamer gestalten.
- **Mehr und flexiblere Arbeit für mehr Wohlstand:** Die gesetzlichen Vorgaben zur Arbeitszeit wollen wir auf die Höhe der Zeit bringen. Mit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit ermöglichen wir neue und flexible Arbeitszeitmodelle. Dadurch verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ermöglichen auch Teilzeitbeschäftigten mehr Flexibilität. Um zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, wollen wir Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien.
- **Mehr Netto vom Brutto:** Damit sich Leistung lohnt, wollen wir die Menschen bei der Einkommensteuer entlasten. Den sogenannten Mittelstandsbauch wollen wir stufenweise abbauen. Der Spitzensteuersatz darf künftig nur noch von Menschen gezahlt werden, die auch wirklich

spitzenmäßig verdienen und nicht schon von der Mitte der Gesellschaft. Wir wollen, dass der Spitzensteuersatz nicht mehr schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro greift. Um die steuerlichen Auswirkungen der Inflation (Kalte Progression) dauerhaft und verlässlich abzufedern, fordern wir einen gesetzlich verankerten Automatismus („Tarif auf Rädern“).

- **Flexibler Renteneintritt statt starrer Grenzen:** Das Umlagesystem in der Altersversorgung kommt unter Druck. Immer wenige erwerbstätige Menschen treffen auf immer mehr Rentnerinnen und Rentner. Dadurch werden die jungen Generationen im Rentensystem immer stärker belastet. Deshalb setzen wir uns für einen wirklich flexiblen Renteneintritt nach schwedischem Vorbild ein: Wer länger arbeiten möchte, sollte dies unbürokratisch und ohne Nachteile tun können.

### **3. Wir brauchen eine ideologiefreie Energiepolitik**

Der deutsche Sonderweg in der Energie- und Klimapolitik schadet unserem Land. Bei den Energiepreisen ist Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig. Das muss sich ändern – mit weniger Ideologie und mehr Offenheit für moderne Zukunftstechnologien.

- **Klimaschutz global und damit effektiv denken:** Deutschlands Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen beträgt 1,3 Prozent. Ein wirksamer Klimaschutz kann sich daher nicht auf nationale Maßnahmen konzentrieren, sondern muss möglichst globale Anstrengungen im Fokus haben. Während die EU im Jahr 2050 klimaneutral werden will, zielt Deutschland aktuell auf Klimaneutralität schon im Jahr 2045. Dieser deutsche Sonderweg muss ein Ende finden. Er schadet unserem Land, hilft aber nicht dem Klima. Deshalb wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien, stärken ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und vermeiden milliardenschwere Subventionsprogramme.
- **Emissionshandel statt planwirtschaftlicher Detailsteuerung:** Wir Freie Demokraten setzen mit dem Emissionshandel auf einen marktwirtschaftlichen Klimaschutz. Mit einer jährlich sinkenden Obergrenze für Treibhausgasemissionen stellt der Emissionshandel sicher, dass die europäischen Klimaziele eingehalten werden. Darüberhinausgehende Regulierungen schaffen keinen Mehrwert. Deshalb sollten auch alle sektorbezogenen Ziele abgeschafft werden. Zudem sollte Deutschland auf europäischer Ebene insbesondere die Abschaffung der Regulierungen zur Energieeffizienz, Gebäudeenergieeffizienz und der Flottengrenzwerte durchsetzen.
- **Ausstieg aus der Subventionierung Erneuerbarer Energien:** Die Förderung der Erneuerbaren Energien hat mittlerweile Dimensionen erreicht, die nicht mehr tragbar sind. Denn diese Förderung führt in einem europäischen Emissionshandelssystem nicht zu zusätzlichen Emissionseinsparungen. Daher sollten die staatlich garantierten Ausbaupfade sowie Vergütungen in den nächsten Jahren auf null abgesenkt werden.

- **Technologieoffenheit auch in der Energiefrage:** Ob Emissionen in der Industrie durch die Umstellung auf Strom, Wasserstoff in sämtlichen Farben oder technische Verfahren zur Nutzung und Speicherung von Treibhausgasemissionen durch Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU): wir wollen diskriminierungsfrei moderne Klimaschutz-Option ermöglichen. Um das Angebot an bezahlbarer Energie zu erhöhen, wollen wir auch die Erdgas-Förderung, etwa auf dem Gasfeld in Borkum, und Fracking ermöglichen. Grundsätzlich muss die Klima- und Energiepolitik die ganze Bandbreite an Technologien zulassen, um die Kosten zu reduzieren. Dies umfasst auch die Kernenergie (z.B. sichere Kernkraftwerke wie Mini-Reaktoren).
- **Preistreiber bekämpfen - Stromsteuer und Netzentgelte senken:**  
Das hohe Preisniveau ist auch auf die hohe Energiebesteuerung zurückzuführen. Deshalb wollen die Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß absenken und uns auf EU-Ebene für eine Abschaffung starkmachen. Zudem wollen wir die Netzentgelte als großen Treiber der Stromkosten umfassend reformieren.